

Vier Thesen zu den Verhältnissen der Geschlechter in Ost und West und zur Transformation dieser Verhältnisse in Ostdeutschland¹

Erste These: Die negative Individualisierung in Berufstätigkeit und Partnerschaft

Eine Pauschale retrospektiver Ost-West-Vergleiche, wie sie zum Beispiel in der Jugendforschung dominiert, lautet: Im Westen ging es bunt, pluralistisch, individuell – eben freiheitlich zu, im Osten stereotyp, kollektiviert, genormt, vormundschaftlich, repressiv, autoritär usw. Nehmen wir den Bereich der Jugendkultur (das, was westliche Jugend- und Lifestyle-Forscher bevorzugt untersuchen), dann können wir diese These ziemlich vorbehaltlos bejahen. Nehmen wir den Bereich der politischen Partizipation, der Möglichkeiten zur Mitwirkung an spezifischer Interessenvertretung, trifft das wohl auch zu und ebenso für den Bereich der Volksbildung, die Breite der Angebote und ihre Verzweigtheit. Anders ist es im Bereich der Arbeit unter der seit Jahren anhaltenden Massenarbeitslosigkeit, die in besonderem Maße Frauen- und auch Jugendarbeitslosigkeit ist. In Bezug auf die Arbeitswelt wird häufig die Flexibilität zur wichtigen Tugend erhoben, das Sich-offen-Halten, das Bereit-Sein, das Abwarten-Können. Angesichts dieses Flexibilisierungszwanges bekommt Individualisierung einen zutiefst ambivalenten Charakter. Individualisierung wird in großem Umfang zu einer bloßen Freizeitübung in der Konsumsphäre der Gesellschaft. Beim Blick auf die Ostdeutschen sehe ich den Übergang von einer vormals ziemlich konformen Lebensplanung hin zu einer negativen Individualisierung bzw. zu einem Negativ-Konformismus: Früher taten viele in ihrer Lebens-

1 Bisher unpubliziertes Referat auf der Tagung »Geschlechterverhältnisse im Zusammenbruch – Frauen und Männer im Prozeß der Wende und der ›Vereinigung‹« des Kulturwissenschaftlichen Instituts Nordrhein-Westfalen am 8.11.1992 in Leipzig.

gestaltung kollektiv das Gleiche, heute tun viele sehr individuell das Gleiche nicht und können es nicht tun (einem geregelten Broterwerb nachgehen).

Berufliche Lebensplanung und Lebenslage einerseits und partnerschaftlich-privat-familiäre andererseits stehen in enger Beziehung. Wie Kurt Starke eingangs im Ost-West-Vergleich aus dem Jahre 1990 gezeigt hat, schlugen bei jüngeren Jugendlichen unterschiedliche gesellschaftliche Bedingungen (Arbeitsmarktbedingungen) noch nicht so durch. Aber bereits bei Studenten sind, wie Ost-West-Vergleiche zeigen, deutliche Unterschiede im Partnerverhalten nachweisbar.

Lassen sie mich den knapp resümierenden Ost-West-Vergleich bezüglich partnerschaftlicher Lebensgestaltung mit einem Zitat beginnen, das den West-Blick durch die Individualitäts- bzw. Pluralitätsbrille auf den so gruselig unifiziert erscheinenden DDR-Ehe-und-Familienalltag demonstriert: Der Filmemacher Rosa von Praunheim in der Leipziger Schwulenzeitschrift *Die andere Welt*:

»Es ist erschreckend, wie ungeheuer spießig gerade die ehemaligen DDR-Bürger sind. Das Bild von Sexualmoral und die Einförmigkeit des Ideals der Kleinfamilie ist so ungeheuer reaktionär im Osten. Das ist wahnsinnig erschreckend. Ein Großteil der weltweit gelaufenen Emanzipationsbewegungen ist da einfach nicht angekommen« (*DAW*, 3/1992, S. 21).

Ohne Zweifel: Die Ostdeutschen waren in ihren Lebenszielsetzungen stärker auf Ehe, Familie, Kinder orientiert, sie heirateten öfter und früher. Sie lebten auch schon vor der Ehe häufiger in fester Partnerschaft, insbesondere die Ostmänner im Vergleich zu den Westmännern – und überhaupt lebten sie seltener singular, zum Beispiel gab es deutlich weniger Einpersonenhaushalte (jeder vierte) als im Westen (jeder dritte). Die DDR war sozusagen eher molekular strukturiert, die alte BRD eher atomistisch. Zweifellos gab es bestimmte staatliche Zwänge, die frühzeitige Heiraten im Osten beförderten, vor allem solche, die mit der Erlangung gemeinsamen Wohnraums in Verbindung standen. Und auch die zinslosen Ehekredite von 5.000 Mark wurden nur bei Heirat bis 26 Jahre gewährt. Zweifellos gab es weniger Möglichkeiten für alternative Lebensformen, aus materiellen wie normativen Gründen. Andererseits hatte die sozial erwünschte »sozialistische Ehe« aber auch eine geringere ökonomische und juristische Verbindlichkeit als die bürgerliche, denn in der DDR wurde ja nicht

nur früher und häufiger geheiratet als im Westen, sondern auch häufiger und gewiss problemärmer geschieden. Und dass es auch Gegentendenzen zur Ehe gab, zeigt sich am hohen Anteil der von ledigen Frauen geborenen Kinder: In der DDR kam in den 1980er Jahren jedes dritte Kind »unehe-lich« zur Welt, in der BRD nur jedes zehnte.

Wenn wir in den alten DDR-Verhältnissen einen moderaten Zwang zur partnerschaftlichen Lebensweise ausmachen, ist umgekehrt die Frage zu stellen, inwieweit marktwirtschaftliche Bedingungen (und bürgerliches Recht) partnerschaftliches Miteinander erschweren, zur Vorsicht vor der (ökonomisch verbindlicheren) Ehe mahnen, singuläre Lebensweise begünstigten oder gar erzwingen. Es ist doch wohl so, dass das Hineinwachsen Jugendlicher in den Arbeitsmarkt langfristige Mobilitätsanforderungen stellt, denen partnerschaftliche oder gar familiäre Bindungen nur hinderlich sein können, dass Risiken und Unwägbarkeiten der beruflichen und damit auch der privaten Lebensperspektive bestehen, die klare Antizipationen und eine eindeutige Lebensplangestaltung erschweren, dass eben das Alles-oder-Nichts-Gesetz gilt, auf dem Arbeits- wie auf dem Heiratsmarkt. Im DDR-Sozialismus waren die Chancen, aber auch die Risiken der Lebensplanung geringer, Partnerschaft und ebenso Familiengründung gehörten für die Mehrheit der Jugendlichen zum festen Lebensplan, der relativ weit antizipierbar war. Wenn also im Osten nicht mehr so flott geheiratet wird (130.000 Heiraten noch im Jahr 1990; 1991 nur 50.000), so liegt das wohl nicht nur an neuen Freiheiten. (Und wenn künftig seltener geschieden wird, liegt das auch nicht zuvörderst an endlich durchgesetzter christlicher Ehemoral, sondern ist wohl eher Produkt individuellen Souveränitätsverlustes.)

Zweite These: Das anhaltende Objektiv-subjektiv-Dilemma im Geschlechterverhältnis

Unbestritten ist, dass es in der DDR weniger Öffentlichkeit in Bezug auf Sexuelles gegeben hat. So ist zum Beispiel die mit der 68er Bewegung einsetzende breite öffentliche Diskussion sexueller Belange in der DDR nie erfolgt. Diese fehlende »Diskursivierung des Sexuellen« hat dazu geführt, dass das individuell-subjektive Reflexionsniveau der Ostdeutschen hinsichtlich spezieller sexueller Bereiche wie der Homosexualität bis auf

den heutigen Tag geringer ist als das der Westdeutschen (im Übrigen auch weniger polarisiert). Dieses geringere Problembewusstsein in verschiedenen Bereichen hat seine Ursachen aber nicht nur im geringeren öffentlichen Diskursniveau infolge der staatlich verhinderten Diskussion gesellschaftlicher Probleme. Die zum Beispiel faktisch nicht zustande gekommene feministische Problematisierung der Sexualität resultiert wohl auch, aber keineswegs nur aus ihrer Unterdrückung, sondern auch aus dem Nichtvorhandensein mancher Probleme in der Realität, die zu den Hauptinhalten und konsensfähigen Kampfzielen des Feminismus im Westen gehörten. Und hierzu zählt Gewaltpornografie ebenso wie der Paragraf 218.

Es ist wohl unbestritten, dass in der DDR mit der Festschreibung und praktischen Verwirklichung sozialer Grundrechte wie dem Recht auf Arbeit auch wesentliche Grundlagen weiblicher Emanzipation gelegt waren. Allerdings war diese Gleichstellungspolitik eine vormundschaftliche von oben, wurde in starrer Weise praktisch durchgesetzt, ohne den Frauen in ausreichendem Maße die Chance zu Korrekturen und Möglichkeiten individueller Ausgestaltung zu geben. In der DDR herrschte ein Zustand der *Zwangsemanzipation*. Die objektiven ökonomischen und sozialen Grundlagen der weiblichen Emanzipation waren weitgehend geschaffen; gleichzeitig verhinderte das undemokratische System ihr subjektives Wirksamwerden. Dies ist der eine Teil des Objektiv-subjektiv-Dilemmas. Der andere Teil ist, dass sich nunmehr beim Umbau Ostdeutschlands das feministische Bewusstsein entwickeln kann, es aber, zumindest im gesellschaftlichen Durchschnitt, das Abbröckeln emanzipatorischer Grundlagen konstatieren muss.

Ich will mit dem Blick auf das Verhältnis von objektiven Bedingungen und subjektiver Wahrnehmung auf einen weiteren brisanten Bereich, den der sexuellen Gewalt, eingehen. Kurt Starke hat vorhin schon auf dieses eine Ergebnis aus der Interviewstudie 1990 hingewiesen², wonach die westdeutschen Mädchen wesentlich häufiger als die ostdeutschen Mädchen mitteilten, dass sie sich schon einmal sexuell belästigt oder unter Druck gesetzt gefühlt haben oder zu sexuellen Handlungen gezwungen wurden.

Unsere westdeutschen Kolleginnen und Kollegen vermuten dahinter weniger Verhaltens- als Wahrnehmungsunterschiede, sozusagen eine höhere feministische Sensibilität aufseiten der Westmädchen. Gunter

2 Die Ergebnisse wurden 1993 vollständig publiziert: Schmidt, 1993; Starke & Weller, 1993.

Schmidt schreibt mit Blick auf dieses Einzelergebnis und auf die Gesamtstudie:

»Die stärkere Präsenz des Geschlechterkampfes geht offenbar einher mit einer niedrigeren Wahrnehmungsschwelle gegenüber Aggression und Gewalt in der Sexualität [...] Die öffentliche Diskussion um Geschlechterkampf und sexuelle Gewalt könnte möglicherweise der Schlüssel sein zum Verständnis der Ost-West-Unterschiede: Sie könnte die größere heterosexuelle Zurückhaltung der West-Mädchen ebenso erklären wie ihre Skepsis, sexuelle Lust und Befriedigung mit einem Mann zu erfahren; und sie könnte die Tendenz erhöhen zur – pointiert formuliert – Pazifizierung der männlichen Sexualität, wie sie in der Romantisierung und in der Wahrnehmung von Verletzlichkeit in sexuellen Beziehungen bei den West-Jungen zum Ausdruck kommt. So gesehen könnten die Ergebnisse aus dem Ost-West-Vergleich meine anderenorts aufgestellte These stützen, wonach das sich ändernde Geschlechterverhältnis über das sexualpolitische Ereignis ›Gewaltdiskussion‹ zu einer neuen komplexen Kodifizierung der Sexualität zwischen Mann und Frau führt: ›Keine, die die Sexualität verbieten, sondern eine, die den sexuellen Umgang friedlicher, kommunikativer, berechenbarer, rationaler, verhandelbar, herrschaftsfreier machen oder regeln will‹« (Schmidt, 1992, S. 38).

Diese Prognose ist zweifellos wünschenswert, aus ostdeutscher Sicht ist aber hinzuzufügen, dass das, was da neu kodifiziert werden soll, eben auch erst in dieser Art neu entsteht, dass sich das Geschlechterverhältnis und die Partnerbeziehungen zunehmend verkomplizieren – womit ich zur dritten These komme:

Dritte These: Die demokratische Umverteilung struktureller Gewalt – oder: Die objektive Verkomplizierung der partnerschaftlichen Verhältnisse

Vorbemerkung: Gewalt ist in aller Munde, die gegen Ausländer, die gegen Frauen, die gegen Kinder. Mit Ausnahme der Gewalttäter selbst sprechen sich alle mehr oder weniger inbrünstig gegen Gewalt aus. Gemeint ist aber immer nur die offene, direkte physische Gewalt, oder zumindest die in-

dividuell oder kollektiv produzierte physische und psychische. Vergessen, übersehen oder verschleiert wird gern, dass alle real existierenden gesellschaftlichen Verhältnisse strukturelle Gewaltverhältnisse, Macht-, Besitz-, Abhängigkeitsverhältnisse sind – Verhältnisse, die man bis zu einem gewissen Grad im Sinne eines Interessenausgleichs regeln kann, in denen aber immer Interessenkollusionen bestehen bleiben.

In der DDR hat es im gesellschaftlichen Durchschnitt in ökonomischer Hinsicht vergleichsweise symmetrische Partnerschaften gegeben, aufgrund der hochgradigen Berufstätigkeit der Frauen. Dass es auch hier ein Machtgefälle – Ungleichheit und Ungerechtigkeit im Geschlechterverhältnis – gegeben hat, ist unbestritten, aber im Rückblick ein geringeres. Die sozialen Unterschiede im »Land der kleinen Leute« (Günter Gaus) waren gering. Nunmehr produziert gesellschaftliches Wachstum (also das, was im marktwirtschaftlichen Sinne als solches gilt) neue soziale Unterschiede, die sich unter anderem systematisch im Geschlechterverhältnis niederschlagen, vor allem durch das Herausdrängen der Frauen aus dem Arbeitsmarkt. Das strukturelle Gewaltpotenzial, das im Realsozialismus weitgehend im Verhältnis von Staat und Bürger konzentriert war, verteilt sich »demokratisch« um in ein Besitz- und Machtgefälle zwischen Mann und Frau, alt und jung, Leuten mit und solchen ohne Arbeit, In- und Ausländern.

Dieses neue strukturelle Gewaltverhältnis transformiert das Verhältnis der Geschlechter tendenziell zur Opfer-Täter-Relation:

- Es macht den DDR-Mann, der (sehr lax formuliert) ein struktureller Softie war (wie sehr er sich im Einzelnen als Pascha aufgeführt haben mag), zum strukturellen Macho.
- Das Alles-oder-nichts-Prinzip der bürgerlichen Ehe aktiviert Bindungsängste im Mann, Unterhaltsansprüche machen die Liebe der Frau klebrig.
- Das Alles-oder-nichts-Prinzip der marktwirtschaftlichen Verteilung von Arbeit zwingt verheiratete Männer in die Rolle der Ernährer und Familienoberhäupter, es zwingt verheiratete Frauen und Mütter in die Rolle von Gattinnen und Hausfrauen.
- Viele tendenziell symmetrische Beziehungen werden somit wieder zu traditionell komplementären.

Das beschriebene Machtgefälle führt gelegentlich dazu, dass die heterosexuelle und -sexuelle Beziehung, die Ehe, die Familie schlechthin als Hort der Gewalt, der Unterdrückung, des Unrechts disqualifiziert werden. Und

folgerichtig wird dann spiegelbildlich dazu die homosoziale und -sexuelle Beziehung als die eigentlich lebensstaugliche und humane entgegengestellt.

Ich erwarte beim marktwirtschaftlichen Umbau Ostdeutschlands eine doppelte Polarisierung – eine zwischen den Geschlechtern, aber auch eine soziale innerhalb der Geschlechter. Es wird, so vermute ich, künftig mehr wirklich emanzipierte Frauen geben und es wird künftig mehr reflexive Männer geben, es wird aber auf dem anderen Pol wieder zunehmend die traditionell komplementäre Beziehung geben, die sich dreinschickende Frau und den sein brüchiges Privileg materieller Überlegenheit nutzenden Mann.

Vierte These: Vom aufgeklärten Umgang mit der neuen Doppelmoral

Möglicherweise habe ich mich mit den bisherigen Überlegungen bei einigen in Verdacht gebracht, ein unverbesserlicher Ewiggestriger zu sein. Deshalb will ich abschließend kundtun, dass ich ganz und gar nicht für nostalgisches Beharren nach der Devise »In der DDR war nicht alles schlecht« bin, denn es ist ganz klar, dass die neuen gesellschaftlichen Chancen nicht ohne ebenso neue Risiken zu haben sind, dass man sich nicht bloß die guten Seiten verschiedener Systeme zusammenpuzzeln kann, dass es den Bauernhof in der Stadt nun mal nicht gibt. Aber ebenso bin ich dagegen, dass das stärkere System per Definitionsmacht allenthalben auch das bessere sein soll, dass Verflissenes abgewertet wird, um die Gegenwart aufzuwerten, dass wider besseres Wissen oder ohne dieses retrospektive Mythen produziert werden. Mir geht es um die differenzierte Bewertung historischer Erfahrungen und ihre Nutzung für Gegenwarts- und Zukunftsgestaltung.

Ich möchte meinen Schlussgedanken mit einem Satz von Volkmar Sigusch einleiten, den er 1978 in seinem Aufsatz »Natur und Sexualität« formuliert hat: »Die Arbeit ist die erste Kategorie der Sexualwissenschaft« (Sigusch, 1984, S. 75). Vielen Ostdeutschen wird heute sinnlich erfahrbar, wie stark Arbeitsplatzverlust und Lustverlust, wie stark ökonomische Unabhängigkeit und sexuelle Souveränität miteinander zusammenhängen. Und mit dem wissenschaftlichen Blick: wie wichtig die Soziologie der Arbeit für die Psychologie der Sexualität ist. Und mit dem politischen Blick: dass die gerechte Verteilung der Arbeit (wohlgemerkt: der Arbeit,

nicht irgendeines ominösen Reichtums) der zentrale Beitrag zur Geschlechter- und Sexualpolitik ist.

Der aktuelle feministische Diskurs in der Sexualwissenschaft kennt solche großen Entwürfe auch. So hat zum Beispiel im Herbst vorigen Jahres (1990) Halina Bendkowski auf der Tagung der DGfS in Frankfurt/M. formuliert: »Die Psychologie in der Geschlechterfrage ist ziemlich ausgereizt, jetzt muß sich endlich gesellschaftlich etwas ändern« (aus der Podiumsdiskussion, nicht dokumentiert).

Aber wie nur soll das geschehen? Unter der Akzeptanz der kapitalistischen Marktwirtschaft bleiben wohl nur die kleinen Teillösungen, der Kampf um die Durchsetzung von Geschlechterquoten oder um genügend Schwangerschaftsberatungsstellen außerhalb konfessioneller Trägerschaft. Natürlich bin ich dafür, auch dieses konkrete Kleine zu tun. »Global denken, lokal handeln« ist auch eine Devise in der Sexual- und Geschlechterpolitik.

Aber ich sehe, gerade aus ostdeutscher (»postsozialistischer«) Perspektive, eben auch im Bereich der Sexualität die neue Art und Notwendigkeit, mit der neuen Doppelmoral des Lebens zurechtzukommen, wodurch die großen Entwürfe alsbald verrauschen. Von den »großen sexualkritischen Gesten« haben wir genug, schreibt Rüdiger Lautmann in seinem Buch *Das pornographierte Begehren* (Lautmann & Schetsche, 1990, S. 11), und mir scheint, er meint damit auch die prinzipielle Gesellschaftskritik qua sexuologischer Analyse. Das Hoch auf die individuelle Freiheit marktwirtschaftlicher Denkart ist längst Common Sense und geht auch durchaus in sexuologische Theoriebildung ein: Längst ist das Destruktive und Selbstdestruktive in den Trieb integriert, die Aggressivität als unverzichtbare Komponente der Lust benannt, die Neophilie des Sexualtriebs als Motor der Pornoproduktion bewiesen, die Schädigung der individuellen Sexualentwicklung als gesellschaftlich unabwendbar fixiert.

Marktwirtschaftlich vereint und vereinzelt bewegen wir uns immer souveräner und reflexiver zwischen Lebensschützern und Pornoindustrie, zwischen Single-Ideologie und bürgerlicher Ehe, zwischen postmoderner Romantik und neokonservativer Treue, zwischen offiziellen Freiheiten, die keiner wirklich hat, und offiziellen Verboten, die keiner wirklich befolgt.

Das nenne ich den aufgeklärten Umgang mit Doppelmoral.

Literatur

- Lautmann, R. & Schetsche, M. (1990). *Das pornographierte Begehren*. Frankfurt/M., New York: Campus.
- Schmidt, G. (1992). Jugendsexualität im Ost-West-Vergleich. In K. Starke & K. Weller (Hrsg.), *Leipziger Texte zur Sexualität. Partnerschaft und Sexualität im Wandel. Aktuelle Tendenzen in den neuen Bundesländern. Beiträge der zweiten Jahrestagung der GSW* (S. 35–39). Leipzig: Eigenverlag.
- Schmidt, G. (Hrsg.). (1993). *Jugendsexualität. Sozialer Wandel, Gruppenunterschiede, Konfliktfelder*. Stuttgart: Enke.
- Sigusch, V. (1984). Natur und Sexualität. In ders., *Vom Trieb und von der Liebe* (S. 57–73). Frankfurt/M., New York: Campus.
- Starke, K. & Weller, K. (1993). West- und ostdeutsche Jugendliche. Eine östliche Sicht. In G. Schmidt (Hrsg.), *Jugendsexualität. Sozialer Wandel, Gruppenunterschiede, Konfliktfelder* (S. 80–101). Stuttgart: Enke.

